

Gewissen

20 Pfennige

Sechster Jahrgang — Nummer 51

Montag, den 22. Dezember 1924

Für den Ring herausgegeben von Ed. Stadler

Zerbrochene Mitte.

Die Mitte gräbt sich selbst ihr Grab. Der Wahlkampf hat sie am Leben gelassen; aber er hat, was vorauszusehen war, die Führerparteien auf der Linken wie auf der Rechten so sehr gestärkt, daß in jeder Koalition, die von der Mitte eingegangen werden kann, entweder die Deutschnationalen oder die Sozialdemokraten überwiegen und darum führen werden. Jenes Gleichgewicht, das die Mitte bisher in ihren Koalitionen aufrecht zu erhalten vermochte, ist zerstückelt. Nun wirkt sich der Zug nach den Flügeln in der Mitte selbst aus und treibt sie auseinander. Die Demokraten sind schon im Wahlkampf zu der entschiedenen Linken übergegangen. Die Volkspartei hat aus vielleicht zunächst nur taktischer Beurteilung des Wahlergebnisses sich inzwischen für die Rechte entschieden. Das Schicksal der parlamentarischen Regierungsbildung hängt seitdem vom Zentrum ab. Da der Übergang des Zentrums zur Linken noch keine Mehrheit in der Regierung von Links schaffen kann, wohl aber sein Ansehen an die Rechte diese regierungsfähig macht, revidieren sich, wenn die Volkspartei fest bleibt, alle Möglichkeiten zur Bildung einer Mehrheitsregierung auf den Zusammenschluß der sogenannten staatsbürgerlichen Parteien. Die Mitte aus Volkspartei und Zentrum müßte also geschlossen zusammen bleiben und sich mit den Deutschnationalen verständigen. Dabei müßte sie auf das politische Gleichgewicht in der Rechtskoalition mehr oder weniger verzichten und im Grunde die Führung von Rechts anerkennen. Eben das aber bekommt das Zentrum nicht fertig. Die von Demagogen geführten proletarischen Kräfte in ihm drängen nach Links. Unter ihrem Andrang lehnt das Zentrum die Rechtskoalition ausdrücklich ab. Damit ist die Mitte zerrissen. Damit ist eine Mehrheitsbildung überhaupt unmöglich geworden, und es fragt sich nur, ob die Mitte für eine Minderheitsregierung noch einmal zusammengeleimt werden kann.

Denn die Minderheitsregierung der Mitte wäre die einzige, welche Hoffnung hat, wenigstens auf einige Zeit hin die parlamentarische Niederlage und damit die politische Krise zu vermeiden. Dagegen müssen Minderheitsregierungen von Rechts sowohl wie von Links von vornherein mit dem schärfsten Kampf rechnen und kommen mit den parlamentarischen Möglichkeiten kaum den ersten Tag ihrer Existenz aus. Aber die Mitte noch einmal zu einem Bloß zusammenzuschweißen, der wenigstens in sich feststeht, ist nach der Haltung des Zentrums ein schweres Stück Arbeit und so fürchten wir, daß die Krise noch bis in den Januar hinein dauern wird.

Die Rechte hätte keine Veranlassung, eine solche Regierung der Mitte von vornherein zu bekämpfen. Wenigstens dann nicht, wenn die Mitte die Grenze beachtet, die zwischen ihr und der Linken besteht und diese Grenze nicht nur im Reich, sondern auch in Preußen deutlich gezogen wird. Denn das wäre natürlich eine unerträgliche Situation, wenn man im Reich versuchen wollte, mit der Mitte zu regieren, in Preußen aber Alles beim Alten und die Mißwirtschaft in der Großen Koalition, die weiter nichts ist als eine Verkleidung des Linksterrors, sich weiter austoben ließe. Man muß der Mitte sagen, daß wenn sie so unehrliches Spiel spielen will, in Preußen mit der Sozialdemokratie zu gehen, von der sie im Reich einen betonten Abstand nimmt, daß dann vom Standpunkt der Rechten auch die Minderheitsregierung der Mitte im Reich nichts anderes ist, als ein Platzhalter der Großen Koalition, als eine feige Lüge, durch die das revolutionäre System von 1918 erhalten, wenn nicht gar geschützt werden soll. Gegen eine Mitte im Reich, die in Preußen mit der Sozialdemokratie zusammengeht, kann es vom Standpunkt der Rechten von Anfang an nichts anderes geben als schärfste Opposition, und damit wäre die Minderheitsregierung der Mitte im Reich vom ersten Tage an gerichtet.

Aber es ist klar, daß auch bei Überwindung des revolutionären Systems in Preußen durch eine preußische Minderheitsregierung der Mitte eine grundsätzliche Duldung oder gar Billigung der Mitte weder im Reich noch in Preußen von der Rechten ausgesprochen werden kann. Auch in dem Falle nicht, daß die Herrschaft der Mitte maskiert auftritt in Form einer sogenannten Regierung von Fachleuten oder Persönlichkeiten, die immer dann herausgestellt werden, wenn die Parteipolitik am Ende ihrer Weisheit ist und mit offenen Karten nicht mehr weiterzuspielen kann. Vom Stand-

Aus dem Inhalt:

Zerbrochene Mitte.

Zur Einigung der Rechten

Von Dr. Friedrich Everling.

Tatwille zur großdeutschen Nation

Von Dr. Jul. Paul Köhler.

Der Orient zwischen

gestern und morgen II

Von Dr. Hans Hermann Ruffat.

Kritik der Presse

Beilage: Die ständische Bewegung

punkt der Rechten sind es die sachlichen Fragen, die durchaus entscheidend für ihre Stellung gegenüber jeder Regierung sein werden, in aller erster Linie die Völkerbundfrage. Der Völkerbund verliert für uns mehr und mehr an Interesse durch all das, was in letzter Zeit mit ihm und in ihm geschehen ist, um unsere künftige Position im Völkerbund zu verkleinern. Die Westmächte schicken sich an, ihre Gesandtschaften in Warschau in Botschaften umzuwandeln, zur Vorbereitung des Antrages, Polen einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat zu geben. In der Kommission des Völkerbundes, die nach Abschluß der Generalkontrolle die Überwachung der Abrüstung in Deutschland ausüben wird, soll ein Franzose den Vorsitz führen! Es sind das „kleine Auslagen“, hübsche Geschenke, die Chamberlain auf seiner Reise Paris—Rom den Franzosen gemacht hat für ihre Solidarität in der englischen Orientpolitik.

Über die konservative Politik in England rechnet auf weitere Sicht und mit größeren Problemen, als es die Anfänge sind, zu denen Kusten Chamberlain in Ägypten, in Arabien und in Angola gezwungen war. Lord Curzon ist nicht tot und sein Geist wartet fort, nicht nur in der konservativen Deftlichkeit, sondern im Kabinett selbst, in dem Lord Birkenhead sein geistiger Erbe ist. Curzon hat unter dem Pseudonym Carthill zwei Bücher in England veröffentlicht, die durchaus sensationell, aber was wichtiger ist, auch programmatisch für die Zukunft der Konservativen sind. Auf das Buch der Kritik: „Verlorene Herrschaft“, welches sich besonders gegen die Indienpolitik von Lord George und dem kürzlich verstorbenen Montagu richtet, ist hier neulich schon hingewiesen worden. Das zweite, wichtigere Buch enthält das neue konservative Programm. Es wird, wie der erste Band, im Verlag von Kurt Borchard-Berlin herauskommen. In diesem Programm ist die Klärung des englisch-französischen Verhältnisses ein wesentlicher Punkt, und der alte Lord Curzon denkt von den Traditionen der englischen Politik aus noch immer nicht anders darüber, als er vor zehn Jahren gedacht und es in seiner Jugend von seinem Meister Salisbury gelernt hat. Wenn er verkündet, daß die Frage der Wiederherstellung englischer Herrschaft in Indien über die Existenz des Britischen Reiches entscheidet, so erklärt er andererseits, daß die Sicherheit dieser Herrschaft nach wie vor abhängt von der Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts. Er fragt den Liberalismus an, seine Einkreisungspolitik gegen Deutschland total mißverstanden zu haben! Diese Politik war als ein Druck auf Deutschland zur Verständigung gedacht.

So wird die Politik der Rechten gegenüber jeder Regierung, die aus diesem Reichstag der heranreifenden Entscheidung zwischen Rechts oder Links entsteht, abhängen müssen von der Außenpolitik, nicht nur von ihrem Kampf gegen eine Politik der Schwäche, die uns in den Völkerbund hineinküßt, sondern von einer aktiven Politik, welche die Möglichkeiten sucht, durch die wir der konservativen Weltpolitik wichtig, um nicht zu sagen unentbehrlich werden.

Zur Einigung der Rechten.

Von

Friedrich Everling.

Als schwerstgeschlagene ist aus diesem Wahlkampf die National-Sozialistische Freiheitspartei hervorgegangen. Sie hat von ihren 32 Sitzen 18 verloren, während die Partei des Herrn Kunze, die früher 4 Mandate besaß, überhaupt nicht wiederkehrt. Auch Herr von Graefe hat nun keine Fraktion im Sinne der Geschäftsordnung mehr hinter sich.

Diese Tatsache kann keine Genugtuung erwecken, sondern muß Bedenken und Bedauern erregen. Denn es handelte sich um Teile der völkischen Bewegung, die wir zu der Rechten rechnen, und die wir allerdings lieber frei von parteimäßiger Gebundenheit innerhalb der nationalen Parteien sich durchgehend gesehen hätten. Der Deutschnationalen Volkspartei sind die Verluste der National-Sozialisten nur zum Teil zugute gekommen. Die Mehrzahl scheint, wenn nicht in das Lager der Nichtwähler, so in das Lager des Sozialismus hinübergewechselt zu sein, aus dem man mit dem recht unglücklich gewählten Namen „National-Sozialisten“ Zuflucht erhoffte, wohin man aber nicht zuletzt durch diesen Namen, die abfließenden Stimmen wieder abgeben mußte.

Schon der mehrfache Namenswechsel spiegelte die organisatorischen Schwierigkeiten der Partei wieder. Als sie sich statt „deutsch-völkisch“ „nationalsozialistisch“ nannte, belastete sie sich mit dem Namen eben der Richtung, der bei dieser Wahl gerade der ganze und klare Kampf des nationalen Deutschland gegolten hat. Das gab Verwirrung. Das gab dem Gegner die Möglichkeit, zu behaupten, die übereinstimmenden Abstimmungen mit den Kommunisten seien mehr als eine Zufälligkeit, und die beiden „extremen Parteien“ könnten mit gleichem Maß gemessen werden. Bei entschiedener Ablehnung dieser durchsichtigen Tendenz haben wir doch die Pflicht, auf den Widerspruch hinzuweisen, der darin lag, daß eine Bewegung sich zur Partei verengerte, als Partei ins Parlament ging, und im Parlament wieder als Bewegung gewertet werden wollte.

Als die Freiheitspartei sich jetzt im Wahlkampf wieder „Bewegung“ nannte, hatte sie längst nicht mehr die Freiheit einer Bewegung. Sie hatte sich vielmehr den Gepflogenheiten parlamentarischer Routine mit manchen recht geschickten, oft recht überraschenden, mit taktischen und agitatorischen Maßnahmen angepaßt, und unterschied sich von benachbarten Parteien nicht durch ihre Opposition, sondern nur durch deren Schärfe; nicht durch die Ablehnung des Parlamentarismus selbst, sondern durch die Ablehnung jeder parlamentarischen Regierungsbeteiligung — ohne in dessen seit dem 9ten November 1923 andere Wege zur Besserung zu nennen. Nach dem Ausfall dieser Wahl hat die par einmähig gebundene Freiheitsbewegung auch diese Bewegungsfreiheit verloren. Denn ihre geringe Stärke zwingt sie entweder zu einer fruchtlos übersteigerten Opposition oder zum Anschluß an die nächststehende Richtung und Partei.

Diesen Anschluß zu fördern ist das Ziel dieser Zeilen. Wer mit ehrlichem Schmerz gesehen hat, wie der Wahlkampf oft zum Bruderkampf ausartete, in dem von beiden Seiten Fehler gemacht wurden, und der lachende Dritte der gemeinsame Gegner war; wer mit ehrlichem Bedauern

Diese (51 ste) Folge

des „Gewissen“ erscheint als letzte des Jahrgangs 1924. Die erste Folge des siebenten Jahrgangs erscheint am Sonntag, dem dritten Januar, mit der Beilage „Die Weltpolitik“. — Der Bezugspreis des „Gewissen“ beträgt eine Mark monatlich, wenn die Bestellung beim eigenen Postamt erfolgt; 1,25 Mark monatlich, wenn die Bestellung beim Verlag erfolgt (Streichbandbezug). Die Post nimmt nur Bestellungen für einen Monat entgegen. Der Verlag nimmt im Allgemeinen nur Vierteljahres-, Halbjahres- und Jahresbestellungen entgegen.

Ring-Verlag G. m. b. H.
Berlin W. 30, Mohrstr. 22.